

Beilage 548.**Antrag.**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, bei Zuteilung von Baustoffen diejenigen bombenbeschädigten Industrien zu bevorzugen, die bei nachweisbar vorhandenem Rohmaterial ihre Kapazität schnell erhöhen und Flüchtlinge beschäftigen und unterbringen können.

München, den 15. Juli 1947.

Bodesheim, Dr. Rinnert
und Fraktion (FDP).

Beilage 549.**Antrag.**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Sonderminister für Befreiungsfragen sei anzuweisen, Flüchtlingen und Totalsiegergeschädigten im Gnadenwege auf Antrag Straf- und Kostenersatz zu gewähren, sofern es sich dabei nicht um Hauptschuldige oder Belastete der Gruppen I und II handelt.

München, den 14. Juli 1947.

Dr. Rinnert
und Fraktion (FDP).

Beilage 550.**Antrag.**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Militärregierung dahin zu wirken, daß Beamten, Angestellten und Arbeitern, die sich in Kriegsgefangenschaft befinden oder vermißt sind, ab 1. April 1947 für die Dauer der Gefangenschaft oder des Vermißtseins Zuwendungen gewährt werden dürfen, die einen noch festzulegenden Hundertsatz der jeweils fälligen Bruttodienstbezüge darstellen. Daneben sollen beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen Kinderzuschläge in voller Höhe bezahlt werden. Die Staatsregierung ist ferner zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die zuständigen Stellen bei der Reichsbahn und Reichspost ähnliche Anordnungen für ihren Verwaltungsbereich erlassen.

München, den 10. Juli 1947.

Dr. Probst.
Donsberger, Fischer Josef, Gröber, Schwingenstein, Trettenbach, Weiglein (sämtliche CDU).

Beilage 551.**Interpellation.**

Billigt die Staatsregierung das Vorgehen des Herrn Ministers für Unterricht und Kultus, eine Elternbefragung zur Einführung der Prügelstrafe in den bayerischen Schulen zu veranstalten und hält sie das Ergebnis einer solchen Befragung in Anbetracht des Mangels an Aufklärung der Eltern über die psychologischen und pädagogischen Voraussetzungen für maßgeblich?

Billigt die Staatsregierung den Plan des Herrn Kultusministers, die Flüchtlinge erneut nach Konfessionen getrennt umzusiedeln?

Ist die Staatsregierung der Ansicht, daß mit der Amtsenthebung des Schulrats von Traunstein die traurigen Folgen der Konfessionalisierung unseres öffentlichen Lebens behoben sind?

Billigt die Staatsregierung die Weise des Herrn Kultusministers, wichtigste Planungen und Entschlüsse — wie den Plan der Schulreform — unter Ausschluß aller kompetenten Stellen einschließlich des Staatssekretärs im Kultusministerium zu fassen?

Billigt die Staatsregierung die Entfesselung einer Kampagne zur Vertreibung nichtbayerischer deutscher Studenten von unseren Hochschulen unter offizieller Mithilfe des Herrn Kultusministers?

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um die Beamten des Kultusministeriums vor inquisitorischen Befragungen in Zukunft zu schützen, den Lehrern und Schulaufsichtsbeamten die verfassungsmäßig garantierte Freiheit von Gewissenszwang zu gewährleisten und den weiblichen Lehr- und Schulaufsichtspersonen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung zu sichern?

Billigt die Staatsregierung die Weigerung des Herrn Kultusministers, den Bayern zukommenden Beitrag zur Forscherhochschule in Berlin zu zahlen?

Teilt die Staatsregierung die Ansicht des Herrn Kultusministers, daß sein Schulreformplan „auf weite Sicht“ einer Verbesserung unserer Schulverhältnisse und der Umformung des Geistes unseres Volkes diene?

Begründung:

In weitesten Kreisen des bayerischen Volkes hat das Verhalten des Herrn Kultusministers seit seinem Amtsantritt steigende Beunruhigung hervorgerufen. Seine Äußerungen, Pläne und Handlungen haben Bayerns Regierungspolitik in den Ruf der Rückständigkeit und Eigenbrötelei gebracht und zu Folgen geführt, die den Schatten eines drohenden Kulturkampfes vorausmerken. Im Interesse eines Wiederaufbaues in Einheit und zur Erhaltung des konfessionellen Friedens sowie zur Wiederherstellung des bayerischen Ansehens ist es notwendig, daß die Staatsregierung sofort Stellung nimmt.

München, den 15. Juli 1947.

Dr. Rinnert.

Bezold Otto, Bodesheim, Brunner, Dr. Dehler, Dr. Korff, Schneider, Stiller, Weidner (FDP). Bauer Hansheinz, Dr. Bedl, Behrlich, Marx, Roith, Scherber, Zietsch (SPD). Nozke (BVP).